

Gesprächsnotiz – m.Herrn Alfons Zeller ehemaliger CSU- Staatssekretär

26.05.11

Lieber Herr Zeller, wie wird denn im Allgäu der Artikel von Augsburg. Allgem.
Vom 12.05.2011 kommentiert:
In der CSU wächst Kritik an der Zweitwohnungssteuer?

Zeller-

Es hat scheinbar sehr lange gedauert, bis die Anderen wach geworden sind, mich wundert es dass diese Diskussion nicht schon viel früher eingesetzt hat. Ich erinnere mich noch ganz gut an meine ausgesprochenen Warnungen als es darum ging auch in Bayern die Zweitwohnungssteuer zu erlauben. Der Druck der Kommunalverbände ließ vor allem den damaligen Innenminister Dr. Günther Beckstein einknicken, im Finanzministerium daran erinnere mich noch ganz gut, war man nicht allzu sehr begeistert.

JoBu

Darauf meine persönliche Anmerkung: Auch MP Stoiber ist doch mit seiner Meinung „ die Besitzer von Ferienwohnungen bringen den Gemeinden mit vielen Ferienwohnungen nichts ein, denn die brauchen vor Ort nur den Strom und das Wasser um die Kartoffeln zu kochen, welche diese von zu Hause mitbringen“ ?

Zeller-

Nein mein lieber Butzmann, das kann ich nicht bestätigen, in erster Linie sind die Herren Bürgermeister und die Kommunalverbände, die unentwegt die Forderung immer wieder ganz massiv wiederholten und enormen Druck auf Stoiber ausgeübt haben. Schuld ist in erster Linie Innenminister Beckstein an der hiermit entstandenen Situation. Meine vorgebrachten Argumente, dass es nicht sinnvoll sei, wenn die Finanzen knapper werden einfach eine Steuer oder Abgabe einzufordern von Menschen die sich nicht wehren können und für nicht vorhandene Mehrbelastungen heranzuziehen. Der größte Fehler gipfelte darin, dass diese Kommunen doch seit vielen Jahren mit den Zuwendungen aus dem Steueraufkommen schon einen im Grunde gar nicht zustehenden Beitrag ohne Berücksichtigung und Bewertung der Finanzkraft einstreichen konnten. Das war schon immer von mir kritisiert worden, das könnte man in vielen Protokollen sogar nachlesen. Wenn ich nur an die Auseinandersetzung vom damaligen Bürgermeister Haugg denke, denn bei vernünftiger Gestaltung einer Satzung hätte auch das Bundesverfassungsgericht mitgespielt, aber durch die offensichtlich ungeschickte und total ungerechte überzogene Besteuerung fremder Gäste hat man doch damals schon den falschen Weg eingeschlagen. Diesem Treiben hat sich dann F.J.Strauß eingeschaltet und ein generelles Verbot erlassen. Das war zwar mutig aber nach meiner Erkenntnis der einzig richtige Weg. Aufgrund dieses Verbots war denn das Geschrei wieder riesengroß und führte in der Folge auf die bis heute wieder erneut umstrittene Regelung – „Schlüsselzuweisungen für Nebenwohnsitze „ als so genannten Ausgleich.

JoBu.

Ja Herr Zeller der Begriff überzogene Forderungen von Seiten der Kommunen passt auch heute noch, denn die Besitzer von Ferienwohnungen sträuben sich in keiner Weise an Kostenbeteiligung welche sie verursachen. Das hätte ohne weiteres mit mäßigen Abgaben wie etwa eine doppelte Grundsteuer einvernehmlich geregelt werden können, aber nicht wie inzwischen geschehen ausufernden nicht nachvollziehbaren Besteuerungen. Ein kleiner Hinweis sei hier erwähnt, in Zermatt wird für eine 3-Betten-Wohnung eine Zweitwohnungssteuer in Höhe von Sfr. 135. —erhoben. Im Vergleich zur Gemeinde Tegernsee, dort hat man inzwischen erneut nach Möglichkeiten gesucht die Zwst. noch zu erhöhen. Man hat extra von der IHK ein Gutachten erstellen lassen um die Veränderungen der Mietpreise nachzuweisen, da zahlt man nun für eine 45 qm Wohnung bei einem Jahresmietwert von 5280.- € ganze 900 €. Vor dem 1.1. 2011 lag diese noch bei € 500.--Zwst. Jeder Vermieter müsste mit einer Klage wegen Mietwucher rechnen. Schließlich handelt es sich bei der Gemeinde Tegernsee um eine nicht arme, sondern eine sehr reiche Gemeinde, welche für einen Kommunalen Finanzausgleich keine Ansprüche hat, da jede Menge Geld auf die hohe Kante erwirtschaftet worden ist – jüngste Pressemeldungen bestätigen diese Finanzsituation.

Zeller

Ich bin überzeugt, dass man damit viel zu viel Porzellan zerschlagen hat, es bleibt nur noch zu hoffen, dass – so wie aus dem Artikel zu entnehmen- die restlichen Kommunen welche die Zwst – Erhebung keinen Sinn macht endlich erkennen wie die Kommunalverbände sehr einseitig sich auf die Seite einer Minderheit geschlagen hat. Es darf doch nicht Bestand haben, dass die einen eine Steuer erheben und zusätzliche Mittel vereinnahmen dürfen – ohne jegliche Bewertungsgerechtigkeit. Das hat mich schon lange gewundert wie so etwas ohne Kritik einer Mehrheit sein kann. Entweder haben alle geschlafen oder wurde es aus Gleichgültigkeit einfach hingenommen. Verwerflich sind doch auch die Städte mit vielen Studenten, da sind allerdings nicht nur die Bayerischen sondern Städte in allen übrigen Bundesländern auf diesen Unsinn aufgesprungen um an möglichst viel Geld zu kommen. Auch hier würde ich für eine Änderung plädieren. Ob Landes- oder bundespolitisch hier eine Änderung zu erreichen dreht sich in unserer heutigen Zeit in erster Linie ganz schwierig um Mehrheiten zu erreichen. Es wird immer extremer bei der sich entwickelten Neidgesellschaften derartige Lösungen zu vollziehen. Neid kennt oft keine Grenzen mehr. Fakt ist doch nicht jeder der sich eine Ferienwohnung leistet – der muss doch nicht von Haus aus reich sein. Es gibt viele Aufwendungen von echt reichen Menschen, die werden keineswegs so belastet wie so ein Besitzer einer Ferienwohnung.

JoBu

Die Kommunen insbesondere in Ferienorten hätten doch schon in den Jahren 1960 bis 1990 vorbeugende Maßnahmen ergreifen können, wenn man die

vielen Ferienwohnungen nicht wollte. Bestes Beispiel Tirol, dort kann man heute noch keine Ferienwohnung erwerben, wenn man sich nicht mit Erstwohnsitz meldet?

Zeller

Lieber Butzmann, ganz so einfach war es nicht, ich erinnere mich sehr gut daran, denn damals wurde zahlreiche Bauanträge kritisch begutachtet in den Gemeindeparlamenten, vernünftige Wohnungen waren rar eine Modernisierung wollte man ungern verhindern, dann kamen schon zu dieser Zeit die vielen Single- Wohnungen auf; auch diese Entwicklung konnte man sich in einer Gemeinde nicht widersetzen. Da gab es mal einen Zeitpunkt, da hat man es zwar richtig erkannt, dass der Neubau von Rollladensiedlungen nicht endlos weitergehen kann. Es gab da ganz krasse Beispiele die völlig aus der Rolle fielen. Man versuchte es über die Teilungserklärungen etwas einzudämmen, aber dann kamen die Bauträger legten Baugesuche zur Genehmigung vor, schon während der Bauphase wurde dann umgeplant und nachträglich Teilungserklärungen für lauter kleine Einheiten zur Genehmigung vorgelegt, es war mit der Zeit erkennbar, dieses nur so zu gestalten um über die Hintertür wieder Ferienwohnungen für den Verkauf zu bauen. Die Tiroler setzten einfach auf Bürger aus dem Ausland, was bei Kaufinteressenten aus Deutschland in Deutschland kritische Fragen aufgeworfen hatte. Schweizer Eidgenossen bilden diesbezüglich heute noch eine Ausnahme und können von Kanton zu Kanton differenziert Festlegungen treffen, da diese nicht der EU- Verordnung über Niederlassungsfreiheit sich unterwerfen müssen. Aber ich gebe Ihnen vollkommen recht man hätte alles in ganz andere Bahnen lenken können. Es ist nicht schön wie diese Entwicklung nun ausgeartet ist.

JoBu

Danke für Ihre mir bisher bereits bekannte Einstellung, gesammelte Pressmeldungen aus den zurückliegenden Jahren bestätigen auch Ihre heute noch bestehende Meinung. Für uns, zum Glück haben wir es geschafft einen eingetragenen Verein zu gründen, werden leider weder von den Kommunen noch von der CSU- Fraktion als Gesprächspartner anerkannt. Mit allen Fraktionen im Bayerischen Landtag gab es einen ausführlichen Gedankenaustausch- nur nicht mit der CSU – Fraktion.

Zeller

Ich kann mir nicht gut vorstellen, dass die Oppositionsparteien Ihre vorgebrachten Argumente ohne Widerspruch unterstützen könnten? Diese haben doch die Forderungen der Kommunalverbände und der Bürgermeister voll unterstützt und die Staatsregierung entsprechend unter Druck gesetzt, auch die Neiddebatten kommen doch vielfach aus dieser Ecke?

JoBu

Lieber Herr Zeller, da täuschen Sie sich gewaltig, bisher hat man uns angefangen von den Landratsämtern über das Innenministerium bis zu fast allen CSU- Gremien nur verarscht und nicht voll genommen. Anfänglich hat uns doch Joachim Herrmann – Seehofer – Beckstein – Stoiber – Finanzminister Huber mit vollkommen inzwischen nachweisbar unwahren Behauptungen ignoriert. Vom Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid erwarten wir schon seit über 3 Jahren eine Zusage zu einem Gesprächstermin, bisher entweder keine Antwort oder brutale Ablehnung. Auch Einladung zu einem politischen Frühstück i. Maximilianeum wurde ignoriert. Können Sie es sich vorstellen, dass sogar von den Grünen, der SPD und den Freien Wählern für unsere Forderungen gerechte Anerkennung finden konnten?

Zeller

Warum sich der Fraktionsvorsitzende Schmid weigert, das ist natürlich nicht ganz klug, aber ich kann mir seine Arroganz ganz gut vorstellen, der ist wohl der Meinung das hätte er nicht nötig. Ich werde ihn mal bei einem Treffen der nächsten Tage doch mal persönlich darauf ansprechen.

JoBu

Lieber Herr Zeller, es freut mich ganz besonders mit Ihnen mal wieder über die Missstände einen Gedankenaustausch machen zu können, obwohl doch Ihnen das gesamte Allgäu schon immer sehr am Herzen liegt. Haben Sie inzwischen die Kapriolen von Oberstdorf in Punkto Tourismusdirektorenwechsel mitbekommen wie viel Geldverschwendung stattgefunden hat und es neuerdings schon wieder die Gemeindekasse angeblich um weiter 500 000.- € aufgrund von Misswirtschaft und Zerstrittenheit fällig werden? Da reichen doch nicht mal die Einnahmen aus der Abzocke Zwst. zum Ausgleich?

Zeller

Dazu möchte ich gar nicht angesprochen werden, das ist für das gesamte Allgäu schädlich, die sollten sich doch ??????. Es ist schon erstaunlich, dass bei Ihnen viele Infos zusammenlaufen, Sie können mich gerne auf dem Laufenden halten - obwohl ich ja nicht mehr viel Möglichkeiten habe, da ich ja nicht mehr aktiv verankert bin, pflege ich allerdings weiterhin meine Kontakte. Werde mal versuchen in Erfahrung zu bringen wie dieser Artikel v. Augsburg. Allgem. aufgenommen worden ist und Ihnen beim nächsten Gespräch berichten

JoBu

Ein herzliches Dankeschön Herr Zeller für Ihre Bereitschaft und Ihre Kommentierung, bleiben Sie gesund und genießen Sie die Zeit nach der aktiven Landespolitik, wir werden Sie auf dem Laufenden halten.

Weißenhorn den 25.05.2011

